

Anlage zu TOP 3 der Niederschrift der Sitzung des Kreisausschusses vom 16.06.2005

Beschlussvorschlag:

1. Für die Mittelfristige Zielplanung werden folgende Ziele festgelegt:

Antragssteller/ Vorberatendes Gremium	Antrag/Beschlussvorschlag	Beschluss des Kreisausschusses am 16.06.2005
1. Landschaft und Umwelt		
	<u>Umweltschutz</u>	
Ausschuss für Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Fortführung der kooperativen Landschaftsplanung unter vertiefter Berücksichtigung der Belange des Landschaftsbildes, der Erholung in der freien Landschaft sowie der Landwirtschaft und des Wasserhaushaltes. • Behutsamer Umgang mit der freien Landschaft einschließlich des Wasserhaushaltes durch ein aktives, ökologisches und bedarfsgerechtes, auf das gesamte Kreisgebiet bezogenes Flächenmanagement im Zuge der bauplanungs- und landschaftsrechtlichen Eingriffsregelung durch die Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken; dabei ist die Landwirtschaft in dem Prozess der Umstrukturierung zu begleiten und beim Erhalt des typischen Bildes der Parklandschaft zu unterstützen. • Pflege und Entwicklung der Naturschutzgebiete im Kreis Borken unter Berücksichtigung einer verträglichen sanften Erholung. • Weiterer Ausbau des Vertragsnaturschutzes gemeinsam mit der Landwirtschaft • Grenzüberschreitender Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit den umweltrelevanten Institutionen in den Niederlanden. • Für die Erreichung des in den Naturschutzgesetzen enthaltenen Ziels der Flächensicherung für den Biotopverbund sind zur Schonung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen auch öffentliche Liegenschaften des Landes und des Bundes mit einzubeziehen. • Durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und Beratungstätigkeit sind die Bürgerinnen und Bürger über die Belange von Natur und Landschaft in geeigneter Weise zu informieren. 	Einvernehmen

Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann	<ul style="list-style-type: none"> Förderung der existenzsichernden Perspektiven von Familien in der Landwirtschaft (Zuerwerb Bauerncafes, Hofladen, Ferien auf dem Bauernhof usw.) im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft. (ggf. auch Kapitel 3 Wirtschaft und Arbeitsmarkt) 	Einvernehmen
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.05	<ul style="list-style-type: none"> Die Umstrukturierung in der Landwirtschaft findet unter besonderer Beachtung der bäuerlichen Bauweise statt. 	zurückgezogen
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> Erzielen von Öko-Punkten durch Aufwertung in vorhandenen Forstflächen, vorrangig in Naturschutzgebieten. 	zurückgezogen
Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 13.06.05	<ul style="list-style-type: none"> Ausschöpfung des Potentials regenerativer Energien 	zurückgestellt <i>(Neuer Formulierungsvorschlag durch B90/DIE GRÜNEN)</i>
	<u>Abfallwirtschaft</u>	
Ausschuss für Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> Abfallwirtschaft gehört auch zukünftig zu den wichtigen, selbstverständlichen kommunalen Aufgaben des Kreises. Das Abfallwirtschaftskonzept und die wesentlichen Entscheidungen bedürfen einer politischen Diskussion und Willensbildung. Ein umfassender Informationsfluss zwischen Kreistag, seinen Ausschüssen, Verwaltung und EGW ist hierfür weiterhin zu gewährleisten. Die Zukunftsfähigkeit der gewählten Maßnahmen und Technologien ist stetig zu überprüfen und zu hinterfragen. Alternativkonzepte, wie etwa die gemeinsame Erfassung von Restmüll und Verpackungen, sollten entwickelt und bewertet werden. Die Abfallwirtschaft ist weiterhin unter Abwägung sowohl ökologischer wie auch ökonomischer Aspekte zu gestalten. Ein hoher Umweltstandard zu sozialverträglichen Gebühren wird weiterhin eingefordert. Im Kreis Borken besteht ein dichtes Abfallwirtschaftsnetz, welches sich aus öffentlichen und privaten Einrichtungen und Maßnahmen zusammensetzt. Diese Struktur mit seinen positiven Marktelementen bei gleichzeitiger Orientierung an öffentlichen, nämlich Bürgerinteressen, gilt es zu erhalten. 	Einvernehmen

Antrag der FDP-Fraktion vom 08.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • (Ergänzung) Hierbei ist zu trennen zwischen der gesetzlich fixierten öffentlichen Aufgabe und der privatwirtschaftlich zu organisierenden Ausführung dieser Aufgabe. • (Ergänzung) Der Kreistag bleibt als politisches Repräsentationsorgan im Rahmen der öffentlichen Aufgabe der Abfallwirtschaft stets Entscheidungsorgan 	1 Ja-Stimme 17 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt
--------------------------------------	---	---

2. Standort und Verkehr

Ausschuss für Verkehr und Bauwesen	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung eines durchgehenden West-Ost Schnellstraßensystems durch den Ausbau der B 67n • Nachfrageorientiertes, finanzierbares, transparentes ÖPNV-Angebot, das allen <u>Altersgruppen</u> gerecht wird und eine Alternative zum Individualverkehr darstellt • Verkehrsvermeidung und Verkehrsreduzierung durch Verkehrslenkung • Sicherung des Schwerpunkt-Verkehrslandeplatzes Stadtlohn-Vreden und Entwicklung als Wirtschaftsimpuls für den Raum • Förderung der Verkehrssicherheit und Aufklärungsarbeit unter besonderer Ansprache von Jugendlichen • Pflege und Weiterentwicklung der Radwegeinfrastruktur und Positionierung des Kreises Borken als „Fahrradfreundlicher Kreis“ • Ausbau der IT-Infrastruktur • Profitierung von der zunehmenden Verbindung zwischen den Ballungsräumen Amsterdam-Rotterdam-Den Haag- Utrecht (Randstad) und Ruhrgebiet 	Einvernehmen <i>unter Berücksichtigung der Abstimmung zum Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05 zum Flugplatz Stadtlohn-Vreden</i>
Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann	<ul style="list-style-type: none"> • Nachfrageorientiertes, finanzierbares, transparentes ÖPNV-Angebot, das allen <u>Bevölkerungsgruppen</u> gerecht wird und eine Alternative zum Individualverkehr darstellt 	Einvernehmen
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der B 525 bei Südlohn-Oeding durch eine Ortsumgehung in die Niederlande hinein auf die N 319 	zurückgezogen
	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Startbahnverlängerung am Flugplatz Stadtlohn-Vreden und Erhalt des Ist-Zustandes 	5 Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau einer Mitfahrzentrale 	5 Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt

3. Wirtschaft und Arbeitsmarkt		
Sitzungsvorlage Nr. 0125/2005	<ul style="list-style-type: none"> • Aktive Wirtschaftsförderung als Service für Unternehmen, insbesondere Mittelstand, Handwerk und Neugründer, Verwaltungen und Bürger/-innen • Förderung von Zukunftsbranchen • Entwicklung von interkommunalen / grenzüberschreitenden Gewerbegebieten z.B. Stadtlohn-Vreden-Winterswijk • Förderung von Existenzgründungen • Schaffung eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraumes • Förderung von Kooperation und Vernetzung • Ausbau des Standortmarketings und Standortmanagements • Ausschöpfung europäischer Fördermöglichkeiten • Ausbau des Tourismus als eigenständigen Wirtschaftsfaktor 	Einvernehmen <i>unter Berücksichtigung des Antrages der UWG-Fraktion vom 07.06.05</i>
Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt (quantitativ und qualitativ ausgewogene Präsenz) 	Einvernehmen
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Förderung von Mittelstand, Handwerk und Neugründern durch „verträgliche“ Konditionen der hiesigen Kreditinstitute 	<i>Siehe oben</i>

4. Bildung und Qualifizierung		
Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsgerechte Bereitstellung von Schulraum sowie sächlicher Ausstattung für die Berufskollegs und Sonderschulen in Trägerschaft des Kreises Borken • Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für die Bildstellen des Kreises in Ahaus und Borken • Gezielte Förderung bildungsschwacher Gruppen • Steigerung der Quoten bei den Schulabschlüssen (incl. Sicherung des Qualitätsstandards der Abschlüsse), die zum Hochschulbesuch berechtigen (Fachhochschul-/allgemeine Hochschulreife) • Lernende Region – Umsetzung der Erkenntnisse/Ergebnisse des Projekts AMPEL 	Einvernehmen <i>unter Berücksichtigung des Antrages der UWG-Fraktion vom 07.06.05</i>

	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung einer empirischen Studie zur Bildungslandschaft Kreis Borken zur Verbesserung der Bildungssituation im Kreis in allen Schulformen 	
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Bildungssituation im Kreis in allen Schulformen in enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Ämtern. 	<i>Siehe oben</i>

5. Menschen in einer sozialen Gesellschaft		
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	<p><u>Arbeit und Soziales</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit, wobei alle Möglichkeiten der Option offensiv genutzt werden • Schaffung von zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen • Stärkung positiver Lebensbedingungen und Versorgungsstrukturen für ältere Menschen • Erhalt der Selbstständigkeit im Alter • Förderung des bürgerschaftlichen Engagements • Optimierung der Beratungs- und Betreuungsangebote <p><u>Gesundheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung der Krankheitsvorsorge und Suchtprävention – Schwerpunktthemen „Prävention psychischer Erkrankungen“ und „missbräuchlicher Alkoholkonsum“ 	Einvernehmen
Jugendhilfeausschuss	<p>Förderung kinder- und familienfreundlicher Strukturen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer quantitativ und qualitativ guten Versorgungsstruktur der Kindertagesbetreuung für Kinder aller Altersstufen einschließlich der Förderung qualifizierter Angebote für behinderte Kinder im Vorschulalter und der Tagespflege • Aufbau verbindlicher Kooperationsformen zu Akteuren und Verantwortlichen im Bereich der Siedlungs- und Wohnraumpolitik zur Förderung eines kinder- und familienfreundlichen Wohnumfeldes • Flexibilisierung von Betreuungszeiten und Schaffung innovativer Betreuungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf • Aufbau eines lokalen Bündnisses für Familien 	Einvernehmen

	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Handlungsansätzen für die Arbeit mit Migrationsfamilien <p><u>Entwicklung und Einführung neuer Kooperationsformen mit den Schulen zur integrierten Wahrnehmung der Aufgaben „Erziehung – Bildung – Betreuung“</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau abgestimmter Betreuungskonzepte unter Berücksichtigung der örtlichen Angebote der Jugendhilfe • Entwicklung neuer gemeinsamer Ansätze des sozialen Lernens, der Medienerziehung, des Jugendschutzes, der Elternaktivierung • Verbesserung der Übergänge zwischen den Diensten /Institutionen, die Aufgaben der Bildung, Erziehung und Betreuung wahrnehmen (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendfreizeitstätten, Jugendverbände...) <p><u>Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz durch innovative Eltern- und Familienbildungsangebote</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckender Aufbau von Angeboten, vor allem Elternwerkstätten, für alle Eltern. Die Zugangsvoraussetzungen sollen niedrigschwellig gestaltet werden. Eine örtliche Versorgung soll den Aufbau nachbarschaftlicher Hilfen unterstützen. • Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz bei den Eltern, die bereits Erziehungshilfen in Anspruch nehmen, z.B. Elterncoachings, zur Vermeidung der wiederholten Inanspruchnahme öffentlicher Erziehungshilfen. Weiterhin soll hierdurch eine Verbesserung der Familiensituation herbeigeführt werden, um die schnelle Rückführung von stationär untergebrachten Kindern zu ermöglichen. • Auswertung der Wirksamkeit der Modelle von Anlauf- und Kontaktstellen in Rhede und Schöppingen, ggf. Übertragung auf andere Orte • Stärkung elterlichen Fähigkeiten zur kompetenten Haushaltsführung unter finanziellen, hauswirtschaftlichen und organisatorischen Aspekten <p><u>Weiterentwicklung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von lebensweltorientierten Bildungsangeboten in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen 	
--	--	--

	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung und Sicherung von Rahmenbedingungen zur Förderung der Lebenskompetenz junger Menschen • Entwicklung neuer Ansätze lebensweltorientierten Lernens unter aktiver Beteiligung junger Menschen in ihrem jeweiligen Lebensumfeld <p><u>Neupositionierung der Angebote der Jugendsozialarbeit vor dem Hintergrund der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen, insbesondere Hartz IV</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung integrierter Handlungsansätze von Jugendsozialarbeit unter Beteiligung relevanter regionaler AkteurInnen und Institutionen • Entwicklung von Konzepten zur Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsfähigkeit junger Menschen – „Fitmachen für Ausbildung und Arbeit“ <p><u>Fortführung der eingeleiteten Verfahren zur Qualitätsentwicklung in den Planungsbereichen Tagesbetreuung, Jugendarbeit und erzieherische Hilfen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines praktikablen Systems zur Gewährleistung einer stetigen Überprüfung, Anpassung und Weiterentwicklung der Qualität der Jugendhilfeleistungen 	
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Bevölkerung vor Großschadensereignissen • Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Feuerwehren und Hilfsorganisationen • Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern 	Einvernehmen
Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern 	Einvernehmen
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.05 und 08.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der präventiven Polizeiarbeit 	zurückgestellt <i>(neuer Formulierungsvorschlag erfolgt durch die Verwaltung)</i>
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung des Rettungsdienstes • Einsatz für die Lagerung atomarer Brennelemente an den AKW-Standorten • Einsatz für die Schaffung eines Brennelemente-Endlagers 	zurückgezogen

6. Kultur, Freizeit, Erholung und Tourismus		
Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport	<u>Sport</u> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Sports als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe <u>Kultur</u> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Kulturarbeit des Kreises auf der Basis der Leitlinien für die Kulturarbeit vom 29.5.2001 • Konzeptionelle Vorbereitung für die Erweiterung des Hamaland-Museums in Vreden in Verbindung mit anderen kulturellen Einrichtungen des Kreises und der Stadt Vreden 	Einvernehmen
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Informationen auf den Gebieten Politik, Kultur und Freizeit innerhalb des Kreises durch intensivere Kooperation der Medien. 	zurückgezogen
Antrag der FDP-Fraktion vom 08.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • (Ergänzung) Überarbeitung des Konzeptes des Hamaland-Museums in museumspädagogischer und betriebswirtschaftlicher Form. Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Unterhaltung des Museums. 	1 Ja-Stimme 17 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt

7. Regionale Zusammenarbeit		
Sitzungsvorlage Nr. 0125/2005	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung und Stabilisierung der regionaltypischen Mentalität • Freisetzen von Synergien und Schaffung von Mehrwerten durch verstärkte Zusammenarbeit und vorbehaltlose Kooperationsbereitschaft, auf allen räumlichen Ebenen, insbesondere mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und den benachbarten Kreisen • Steigerung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit • Ausbau von Interkulturalität-/ interkulturelle Kompetenz 	Einvernehmen (redaktionelle Änderungen erfolgen durch die Verwaltung)
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Kreisübergreifende Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen Steinfurt und Coesfeld 	zurückgezogen

8. Verwaltung und Bürger/-innen		
Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform	<ul style="list-style-type: none"> • Ständige Qualitätsverbesserung (z.B. Aufgabenkritik, Schriftsprache) • Unterstützung des Bürokratieabbaus und Steigerung der Flexibilität des Verwaltungshandelns sowie schnellere Reaktionszeiten im Sinne der Bürgerorientierung • Übernahme einer führenden Rolle beim e-government (z.B. Internet, Geoinformationssystem, interkommunale Vernetzung) • Wirtschaftlichkeitsoptimierung (Personalkostenaufwand) sowie Kosten- und Leistungstransparenz • Verankerung des Gender Mainstreaming im gesamten Verwaltungshandeln 	<p>Einvernehmen <i>(redaktionelle Änderungen erfolgen durch die Verwaltung)</i></p>
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.05	<ul style="list-style-type: none"> • Der Themenbereich wird umbenannt in Verwaltung / Kreistag und Bürger/innen 	<p>Einvernehmen</p>
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> • Kritische Betrachtung des Personalbestandes unter Mitwirkung einer auswärtigen Unternehmensberatung 	<p>2 Ja-Stimmen 16 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt</p>

9. Nachhaltige Finanzwirtschaft		
Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform	<ul style="list-style-type: none"> • Im Verwaltungshaushalt, also bei den konsumtiven Ausgaben, ist durch eine ständige Aufgabenkritik zu prüfen, ob und mit welcher Intensität der Kreis die Aufgaben wahrnimmt. Dabei müssen neben den Aufgaben selbst auch die Prozesse zu deren Erledigung regelmäßig untersucht werden. Die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform begleitet diesen Prozess. • Der Jagdsteuerhebesatz wird, soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist, beibehalten. • Über die kommunalen Spitzenverbände sowie die Abgeordneten aus dem Kreis Borken wird verstärkt darauf hingewirkt, dass die Kreise in größerem Umfang über den Finanzausgleich am allgemeinen Steueraufkommen beteiligt werden. • Der Kreis Borken erhebt wie bisher eine möglichst niedrige Kreisumlage. 	<p>Einvernehmen <i>unter Berücksichtigung der Abstimmung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 08.06.05 zum Thema Jagdsteuer</i></p>
	Zur Verschuldung und zur weiteren Verwendung der RWE-Aktien (s. Sitzungsvorlage Nr 0132/2005) hat die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsreform keine Formulierungen vorgeschlagen.	

Sitzungsvorlage Nr. 0125/2005	Vorschlag der Verwaltung: <ul style="list-style-type: none"> Das Innere Darlehen wird entsprechend der sich aus der Rücklagenentnahme ergebenden Notwendigkeit getilgt. Es wird eine Reduzierung der Fremdschulden angestrebt. Zumindest soll bis zum Ende der laufenden Wahlperiode keine Nettoneuverschuldung gegenüber dem Stand der Haushaltssatzung 2005 erfolgen. 	Einvernehmen <i>unter Berücksichtigung der Abstimmung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 08.06.05 zum Thema Nettoneuverschuldung</i>
Antrag der UWG-Fraktion vom 07.06.05	<ul style="list-style-type: none"> Erhalt bzw. Wiederherstellung der sozialen Standards Tilgung frei werdender Kredite durch den Verkauf von RWE-Aktien im erforderlichen Rahmen. 	zurückgezogen
Antrag der FDP-Fraktion vom 08.06.05	<ul style="list-style-type: none"> (Änderung) Der Jagdsteuerhebesatz wird zunächst halbiert und mittelfristig auf Null gesetzt 	1 Ja-Stimme 17 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt
	<ul style="list-style-type: none"> Punkt Innere Darlehen: (Einfügen) Es wird eine Reduzierung der Fremdschulden bis 2009 angestrebt. 	zurückgezogen
	Der Satz „Zumindest soll bis zum Ende der laufenden Wahlperiode keine Nettoneuverschuldung gegenüber dem Stand der Haushaltssatzung 2005 erfolgen“ entfällt.	7 Ja-Stimmen 11 Nein-Stimmen Antrag abgelehnt

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung der Ziele für die jährlichen Haushaltsberatung geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.**

einstimmig

3. **Den vorgeschlagenen inhaltlichen Anpassungen und dem weiteren Fortschreibungsverfahren des Leitbildes für den Kreis Borken wird zugestimmt.**

einstimmig
1 Enthaltung